

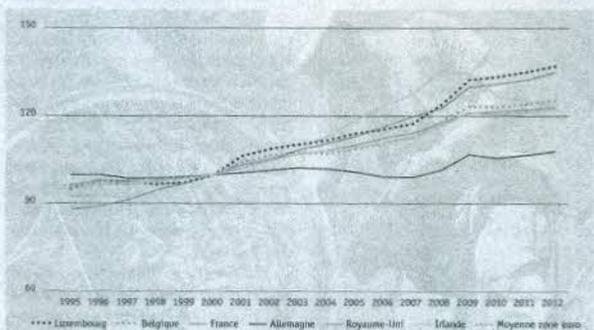
Wirtschaftslage gibt kaum Grund zum Feiern

Jubiläen sehen in der Regel anders aus: Die Luxemburger Handelskammer veröffentlichte gestern den 10. Wirtschaftsbericht aus der Reihe „Actualité & Tendances“, doch nach feiern war kaum jemanden zu Mute. Die Publikation, die in regelmäßigen Abständen erscheint, beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen für die Luxemburger Wirtschaft. Diese könnten im Moment kaum größer sein, weshalb sich die Begeisterung der Vertreter der „Chambre de Commerce“ verständlicherweise in Grenzen hielt. Über eine Stunde dauerte die Präsentation von Marc Wagener, Attaché der Wirtschaftsabteilung der Handelskammer. Danach war eines klar: Luxemburg sollte so schnell wie möglich das Ruder in die Hand nehmen, denn sonst zerschellt das Land an einem Eisberg aus Problemen.

Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit

Teil diese Konstrukts ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Den Grund dafür sehen die Vertreter der Handelskammer unter anderem in der Lohnentwicklung. Die Löhne im Großherzogtum steigen überproportional schnell an. Zum Vergleich: Seit 2000 sind die Lohnstückkosten in Luxemburg rund 37% angestiegen während es in Deutschland etwa 8% waren. Dies bedeutet, dass in Luxemburg die durchschnittlichen Löhne pro Kopf wesentlich stärker gestiegen sind als die Produktivität.

Die Produktion wird dadurch teurer was den Export von Sachgütern und Dienstleistungen erschwert. Doch damit nicht genug. Zu schnell ansteigende Löhne tragen zur gefürchteten Lohn-Preis-Spirale bei. Dies bedeutet, dass hohe Lohnkosten in Form von teureren Gütern an die Verbraucher weiter gegeben werden, die dann wiederum höhere Löh-



Die Lohnstückkosten sind in Luxemburg in den vergangenen Jahren stark gestiegen
Quelle: AMECO / CC

ne einfordern usw. Das Ende dieser Fahnenstange ist eine sich ausbreitende Inflation.

„Wir haben eine extrem hohe Inflation im Vergleich zu unseren Nachbarn“, erklärte Marc Wagener. Einen ähnlichen hohen Wert gäbe es nur in Estland, Portugal und Griechenland.

„Wir brauchen eine Antwort auf diese Automatismen“, forderte er deshalb. Damit spielte Wagener unter anderem auf die „hausgemachte Inflation“ an, die durch direkte oder indirekte vom Staat und den Gemeinden festgelegte Preise entsteht. Das Wort „Lohnindexierung“ fiel jedoch zu keinem Moment, obwohl klar war, dass mit „Automatismen“ wohl auch die automatische Lohnanpassung in Luxemburg gemeint war.

Sorgen bereitet der Handelskammer auch der Staatshaushalt. Das Defizit ist seit Ausbruch der Finanzkrise stark angestiegen. Während es 2007 noch 6,7% des Bruttoinlandsproduktes ausmachte könnten es 2014 bereits 22,7% sein. Damit stellt sich die Frage wie man mit solch klammern Kassen den Motor am Laufen behalten will, besonders das kostspielige Sozialwesen. Heute benötige man 9% des BIP zur Sicherung der Renten,

erklärte Wagener. Bis 2060 könnten es Schätzungen zufolge 24% sein.

Tiefgreifende Reformen gefordert

Die Handelskammer Luxemburg sprach sich deshalb gestern für tiefgreifende Reformen aus, um einen finanzpolitischen Supergau zu verhindern. Ein Staat der nicht mehr handlungsfähig sei könne unmöglich seinen sozioökonomischen Pflichten nachkommen, unterstrich Marc Wagener. Als Gegenmaßnahme empfahlen die Vertreter der „Chambre de Commerce“ gestern unter anderem die Einführung einer „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild. Dadurch würde das Volumen neu aufgenommener Kredite an die Entwicklung des BIP gekoppelt. Darüber hinaus forderte man mehr Selektivität bei der Bereitstellung von Sozialleistungen. Die Hilfsmaßnahmen müssten wieder den Menschen zugute kommen, die sie am dringsten benötigen und dürfen nicht weiterhin mit der Gießkanne verteilt werden.

Im gesellschaftlichen Bereich gilt es allerdings noch ganz andere Pro-

bleme zu lösen. 371.000 Menschen arbeiten in Luxemburg, 62,3% (236.453 Menschen) davon sind Ausländer. Nach Meinung der Handelskammer repräsentierten demnach die Wahlberechtigten in keinsten Weise mehr die nationale Wirtschaft. Zieht man staatlich Bedienstete von den rund 100.100 Luxemburger Arbeitnehmern ab, so erhält man ein Verhältnis „Luxemburger Wähler in der Privatwirtschaft / Summe aller Arbeitnehmer“ von knapp 1:4. Dies bedeutet, dass auf jeden wahlberechtigten Luxemburger Arbeitnehmer, der in der Privatwirtschaft tätig ist rund 4 ausländische Arbeitnehmer kommen.

An der Realität vorbei

Der Großteil der Wähler bekomme daher nicht mit, welche gesellschaftlichen Herausforderungen es in der Realwirtschaft gäbe, so die Meinung der Handelskammer. Gleichzeitig schlägt sie eine Lösung vor, die wohl für heftige Kontroversen sorgen dürfte: die Öffnung des öffentlichen Dienstes für nicht Luxemburger.

Im Bereich der Klima- und Umweltpolitik forderte die „Chambre de Commerce“ gestern ebenfalls ein Umdenken. Luxemburg müsse in diesem Kontext stärker mit dem Ausland kooperieren. Die Idee dahinter: Alternative Energieanlagen, beispielsweise Windparks, sollten dort gebaut werden wo sie am effizientesten sind. Die daraus gewonnene Energie sollte danach einen gemeinsamen Markt speisen.

Trotz aller Kritik gab es am Ende dann doch noch einige versöhnlichen Worte. Die Vorgaben im Rahmen des Wirtschaftsprogramms „Europa 2020“ würden bereits jetzt zu einem Großteil erfüllt, erklärt Carlo Thelen, Chefvolkswirt der Handelskammer.